

Der Antragsteller Graber erläutert seinen Antrag und stellt insbesondere heraus, dass zunächst auch nur Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei bzw. den Landkreis durchgeführt werden sollten, bevor eine endgültige Entscheidung für eine Verkehrsberuhigung der Hauptstraße getroffen wird.

RM Schneider unterstützt den Antrag und teilt hierzu mit, dass aufgrund einer von Bündnis 90/DIE GRÜNEN durchgeführten Befragung von Anliegern der Hauptstraße (Rücklauf 30 % = 15 Haushalte mit 37 Personen) mehrheitlich gewünscht wird, dass es zu einer solchen Regelung kommt.

BM Böhling weist auf den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 07.02.2006 hin, in dem die Verwaltung beauftragt wird, innerhalb des Stadtgebietes Überlegungen anzustellen, ob gleichartige oder vergleichbare Fälle vorliegen. An diesen Stellen sind analog zum Flusseviertel Untersuchungen vorzunehmen. Über die Ergebnisse ist im Zusammenhang Ende des Jahres dem Planungsausschuss zu berichten.

RM Finke vertritt die Auffassung, dass es keinen dringenden Bedarf gibt und somit keine schnelle Entscheidung erforderlich wird. Er unterstützt den Vorschlag des Bürgermeisters, zusätzliche Verkehrskontrollen durchzuführen.

RM Schitters verweist auf die Gleichbehandlung mit Anliegern anderer Straßen (z. B. Tannostraße, Hamburger Straße, Diekenweg).

Nach weiteren Wortbeiträgen wird von RM Bödecker folgender Antrag gestellt:

„Die Hauptstraße in Middelsfähr ist schnellstens, vom Beginn der Bebauung an, in eine 30 km/h-Zone einzurichten“.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wird die Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlussvorschlag formuliert:

„Im Rahmen des aufzustellenden Verkehrsberuhigungs-Konzeptes wird die Hauptstraße in Middelsfähr mit untersucht. Das Ergebnis wird im Herbst vorgestellt. Über die weitere Vorgehensweise ist dann zu beraten.“

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Im Rahmen des aufzustellenden Verkehrsberuhigungs-Konzeptes wird die Hauptstraße in Middelsfähr mit untersucht. Das Ergebnis wird im Herbst vorgestellt. Über die weitere Vorgehensweise ist dann zu beraten.